

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Landtags-Zeitung. 1833-1846 1847

73 (11.9.1847)

Die Rundschau erscheint wöchentlich zwei Mal, Mittwoch und Samstag, und kostet für das halbe Jahr vom 1. Juli bis 30. Dezember 1847 im Umfang des Großherzogthums 1 fl. 24 fr. durch die Post oder durch den Buchhandel bezogen.

Die Rundschau.

N^o 73.

Karlsruhe, Samstag den 11. September 1847.

Herausgegeben von Karl Rathy. — Druck und Verlag von Malsch und Vogel.

Man bestellt bei dem nächstgelegenen Postamt, in Karlsruhe, Mannheim und Heidelberg auch bei den unten genannten Buchhandlungen, welche auch Inserate annehmen. Einrückungen werden mit 3 fr. für den Raum der dreispaltigen Petitzeile berechnet.

Carlsruhe, bei Malsch & Vogel.

Heidelberg, bei Fr. Sabel.

Mannheim, bei H. Hoff.

Die Auswanderung hat bereits eine reiche, täglich wachsende Literatur und mehrere periodische Blätter. In einem derselben, der Allgemeinen Auswanderungszeitung, die in Rudolstadt erscheint, in Bremen und Newyork Niederlagsorte hat und sich durch die Reichhaltigkeit ihrer Mittheilungen auszeichnet, finden wir eine schätzbare Arbeit von dem L. hannoverschen Revierförster Friedr. Müller über die deutschen Auswanderungen im neunzehnten Jahrhundert und deren Ursachen, so wie über den Einfluß, welchen dieselben auf die Lage und Sitten der Bewohner Deutschlands gehabt haben. Die durch drei Monate hinziehende Reihe von Aufsätzen verdiente wohl als besondere Schrift im Zusammenhange dem Publikum mitgetheilt zu werden; sie zeugt nicht nur von großer Sachkenntnis, sondern auch von einem warmen Gefühle für das Vaterland und für das Schicksal der Hunderttausende, die in Amerika eine neue Heimath suchen. — Nach einer kurzen Einleitung, worin der deutsche Wandertrieb von den ältesten Zeiten, wo er sich als Eroberung mit den Waffen in der Hand Luft machte, bis auf die neuere Geschichte verfolgt wird, kommt der Verfasser auf die Wanderungen nach Amerika. Am 20. August 1683 kamen die ersten Deutschen — Separatisten vom Rhein und Neckar — in Philadelphia an; gegen das Ende des 17ten und im Anfang des 18ten Jahrhunderts folgten Tausende von Pfälzern, welche aus dem von den Franzosen verheerten Vaterlande flohen. Im Jahr 1709 erschienen 32,468 Deutsche in London, von denen aber die Meisten im Glende umkamen und nur wenige im folgenden Jahre Amerika erreichten. Verfolgungen um des Glaubens willen, Kriegselend, gedrückte bürgerliche Verhältnisse sorgten für zahlreichen Nachzug; die Noth der Jahre 1770 bis 1772, wo in Deutschland und der Schweiz Hunderttausende Hungers starben — in Sachsen allein 150,000, im Kanton Bern 40,000 Menschen — belebte die Auswanderung, welche jedoch durch den Befreiungskrieg der Amerikaner und die Kriege der französischen Revolution und Napoleons in's Stocken gerieth. Nach dem Frieden folgte die Noth von 1816 und 1817, mit ihr erwachte der Wandertrieb wieder, von 1817 bis 1820 zogen gegen 100,000 Deutsche aus der Pfalz, Hessen und Schwaben nach den Vereinigten Staaten; gleichzeitig begannen die Züge nach Brasilien, Mexiko und anderen südamerikanischen Ländern.

Weit stärker ist der Strom der Auswanderung seit den dreißiger Jahren geworden. In Bremen allein gingen von 1832 bis 1846 über 218,000 Deutsche zu Schiff; bis 1842 jährlich 9 bis 12,000, 1844 — 19,863, 1845 — 31,849, 1846 — 32,372, und die Zahl ist noch im Zunehmen. In Newyork allein sind 1844 — 17,799, 1845 — 30,312, 1846 — 52,326 Deutsche angekommen. Waren vor 1830 meistens

Süddeutsche fortgezogen, so liefert seit neuerer Zeit der Norden nicht weniger Auswanderer; im Jahre 1846 zogen 14,555 Preußen über den Ocean und die Weserdampfschiffe führten Schaaren von Kurhessen nach Bremen.

Die unermesslichen Hülfquellen Nordamerica's in seinem Boden, den Erzeugnissen, Kräften und Verkehrsmitteln, seinen herrlichen Seen, Strömen, Kanälen und Eisenbahnen, die ungehemmte Entfaltung jeder nützlichen Thätigkeit, ohne den Druck von Steuern und Regierungsplacereien, unter dem Schutze freier Staatseinrichtungen, — schildert der Verfasser in einem zweiten Abschnitte seiner anziehenden Schrift. Von 1000 Millionen Acker (Morgen) Staatsländereien waren bis 1845 etwa 160 Millionen verkauft; es bleibt also noch Raum auf Jahrhunderte, ohne den neuen Zuwachs in Texas, Oregon und Californien zu rechnen. Beispiellos in der Geschichte ist aber auch die Zunahme der Bevölkerung. Innerhalb 60 Jahren, von 1780 bis 1840, ist die Seelenzahl von 2,051,000 auf 18,980,000, also auf das Neunfache gestiegen; gegenwärtig beträgt die Bevölkerung über 20 Millionen und die nächste Zählung im Jahre 1850 wird ein überraschendes Ergebniß liefern. Unter dieser Bevölkerung waren 1832 — 1,094,000 Deutsche; jetzt ist ihre Zahl über 3 Millionen.

Als die Ursachen der Auswanderung, die wir zum Theil schon angedeutet, bezeichnet der Verfasser: die Glaubensverfolgungen, die Hungerjahre, den Druck, womit das bürgerliche und gesellschaftliche Leben in Deutschland belastet war und ist, den unbefriedigten Drang nach politischer Freiheit, Liebe zur Veränderung und zum Wechsel der Verhältnisse, hauptsächlich aber, den Mangel an Erwerb bei dem Stande der Handarbeiter und der kleineren Landwirthe. Andere Völker suchen gegen unerträgliche Uebelstände andere Mittel, Krieg, Eroberung, gewaltsame Erschütterung der ganzen Gesellschaft; der Deutsche folgt seinem Wandertriebe.

Der Verlust an Menschen und baarem Gelde, der nächste Einfluß der Auswanderung auf die Verhältnisse in Deutschland, erscheint dem Verfasser nicht bedenklich, weil derselbe durch die verbesserte Lage der Zurückbleibenden, durch Verminderung der Nachteile der Uebervölkerung und in Zukunft durch die Vortheile eines gewinnbringenden stärkeren Verkehrs mit den Vereinigten Staaten mehr als aufgewogen werde. Ferner führe die steigende Auswanderung zum Nachdenken über die Ursachen derselben; dieses müsse das Streben erwecken, die Uebelstände zu heben, besonders aber die Menschenwürde zu achten, die Lage der ärmeren Klassen zu verbessern und dem Verfall des Mittelstandes zu steuern. So — sagt er — haben die Auswanderungen auf die Verbesserungen im Staate, im bürgerlichen Leben und auf den freieren Aufschwung Deutschlands großen Einfluß. —

Mehr als diese Andeutungen über den Inhalt der beachtenswerthen Aufsätze des Hrn. Müller in der Allgemeinen Auswanderungszeitung können wir hier nicht geben, und wählen daher zum Schlusse eine Stelle, in welcher die Gründe zusammengefaßt sind, welche die meisten Auswanderer zu ihrem Entschlusse bestimmen:

„Dort ist der Boden und der Mensch nicht mit Steuern belastet, das bürgerliche Leben nicht so voller Zwang, innere Zollstätten hemmen nicht den Verkehr; frei ergreift Jeder denjenigen Erwerbszweig, von dem er zu leben hofft, und zieht ungehindert von einem Orte zum andern. Wenn die Kraft des Jünglings erblüht, gebraucht er sie in Amerika für seinen Unterhalt, ohne daß die stehenden Heere Deutschlands seine beste Jugend hinnehmen; verwüftet das Wild die Saaten des Landmannes, er darf dreist und ohne Scheu die lange Kenschuck-Büchse darauf anlegen; ist der Monat verstrichen, klopft kein Mahner der Steuer an seine Thür, führt er den Ueberfluß seiner Felder, seiner Heerden, seiner Erzeugnisse zum Verkaufe zur nächsten Stadt, lauert kein Grenzaufseher auf seine Schritte; ungehindert fällt er auf eigenem Grunde mehr Holz, als er in Deutschland je verbrannt hat. Dort werden des Bürgers Handlungen vom Argusauge der Polizei nicht überwacht und die tausend Lasten der Heimath verschwinden dem Auswanderer, dem neuen Amerikaner unter dem Fuße, den er zuerst an das meerumwogte Gestade der freien Union setzt.“ — So schreibt ein kön. hannoverscher Revierförster.

Die Jesuitenfrage wurde am 2. und 3. September in der Tagsatzung verhandelt und durch die Annahme der Anträge von Zürich erledigt, welche dahin gingen: 1) Ist die Angelegenheit der Jesuiten von Bundes wegen zu behandeln. 2) Es werden demnach die Stände Luzern, Schwyz, Freiburg und Wallis eingeladen, die Jesuiten zu entfernen. 3) Jede künftige Aufnahme des Jesuitenordens in einen Kanton ist von Bundes wegen unter sagt. — Die Befugnisse der Tagsatzung, sich mit dieser Angelegenheit zu befassen, leitet Zürich davon her, daß der Tagsatzung das Recht zusteht und die Pflicht obliegt, für die innere Ruhe und Ordnung der Eidgenossenschaft die erforderlichen Maßnahmen zu treffen; daß die Jesuiten die Ruhe und Ordnung gefährden, und daß sich besonders ihre Berufung nach dem Vorort Luzern mit der Ruhe und Ordnung nicht verträgt. — Der Gesandte von Zürich war durch seine Instruction angewiesen, auf eine unbedingte Aufforderung an die betreffenden Kantone zur Ausweisung der Jesuiten anzutragen. Aus seiner Erklärung geht hervor, daß er die mildere Form der Einladung wählte, um eine Mehrheit zu erlangen, damit die Tagsatzung endlich einmal die Frage löse und der Schweiz Beruhigung gebe, damit nicht zum dritten Male die Massen sich der Frage bemächtigen. Die Abweichung von seiner Instruction werde er vor seinem Großen Rathe rechtfertigen. Dies kann er bei der gemäßigten Stimmung der Züricher um so leichter, als eine zum Beschluß erhobene Einladung jedenfalls besser ist als eine durchgefallene Aufforderung, und da die Wirksamkeit der Einladung doch nur durch die Folge, welche der Auflösungsbeschluß gegen den Sonderbund erhält, bestimmt wird. In Basel, das sich für die Erhaltung des Friedens bis zum Aeußersten bemüht, ist sogar vorgeschlagen

worden, eine eidgenössische Deputation an den Papst zu senden, um ihn zu bitten, zur Vermeidung von Bürgerkrieg die Jesuiten aus der Schweiz abzurufen! — Als im Jahre 1844 Aargau zum erstenmal auf die Entfernung der Jesuiten antrug, wurde es nur durch die halbe Stimme von Baselland unterstützt. Drei Jahre sind verflossen und jetzt spricht die Mehrheit der Stände, als Organ einer noch viel größeren Mehrheit der Bevölkerung die Ueberzeugung aus, daß die Ruhe der Schweiz mit der Anwesenheit dieses Ordens unverträglich sei. Die Sonderbunds Kantone verlangten, daß die Tagsatzung den Gegenstand fallen lasse; Zug deutete an, daß der Verzicht auf die Berathung der erste Schritt zur Auflösung des Sonderbundes wäre; von der andern Seite dagegen wurde die Nothwendigkeit der Entfernung des Jesuitenordens gründlich dargethan. Appenzell a. Rh. erinnerte, wie schon im 17. Jahrhundert die Eidgenossenschaft Beschlüsse gegen diesen Orden habe fassen müssen, wegen der Verfolgung der armen Waldenser. Schaffhausen weist auf die allgemeine Stimme in Italien hin, welche den Jesuiten, die gegen die Verbesserungspläne des Papstes gerichteten Verschwörungen und Unruhen schuld giebt. Wirklich sprechen italienische Zeitungen gerade so über den Orden, wie die öffentliche Stimme in der Schweiz und in Deutschland. Großes Aufsehen macht dort das früher verbotene, jetzt in Rom erlaubte Werk von Gioberti, worin nachgewiesen wird, wie unverbesserlich die zum Werkzeug weltlicher Herrschaft ausgeartete Gesellschaft Jesu ist, wie sich ihre geistlichen und zahlreichen weltlichen Mitglieder in alle Verhältnisse mischen, die Bildung, die sie als ein Hinderniß ihrer Zwecke betrachten, überall planmäßig bekämpfen, Zwietracht verbreiten und die Erziehung an sich reißen, um durch sie auf das Volk zu wirken. Solche Stimmen aus Italien finden in der Schweiz lebhafteste Theilnahme und wirken niederschlagend in Luzern, wo man katholischer sein will, als der Papst. Bei der Schreckensherrschaft in Luzern, wo die Machthaber kein Mittel scheuen, Jeden zu verderben, der nicht unbedingt ihren Geboten huldigt, ist es nicht nur ein Zeichen von Muth, sondern auch von neuem Aufleben der unterdrückten besseren Gesinnung, daß sieben Mitglieder des aus unbedingten fanatischen Werkzeugen der Jesuiten größtentheils zusammengesetzten Großen Rathes gewagt haben, den Antrag zu stellen und zu unterstützen: der Stand Luzern möge im Interesse des Gesamtvaterlandes von dem Sonderbunde zurücktreten. — Der Vorschlag ging von Martin Arnold von Reiden aus, einem großen Dorfe unweit der Aargauer Grenze, das seine freie eidgenössische Gesinnung mit dem Ruin vieler wackeren Bürger gebüßt, aber dennoch stets aufs Neue, besonders bei den Wahlen, bethätigt hat. Wie voraus zu sehen war, wurde der Antrag verworfen; aber die sechs Männer, welche ihn unterstützten, wiegen schwer gegen die Zahl der Gegner, durch Bildung, Charakter und Einfluß. Unter ihnen ist der ausgezeichnete Rechtsgelehrte, Dr. Kasimir Pfyster, in besseren Zeiten Mitglied der Regierung; der gelehrte Professor und Geschichtschreiber Jac. Kopp, die in Luzern angesehenen H. H. Felix Balthasar, Schubmader-Utenberg, Ignaz Pfyster und Martin Ronca. Sie vertreten die Gesinnung der Mehrheit der Bürger in der Stadt Luzern und in einem großen Theile des Landes, die sich mächtig erheben wird, sobald die Tagsatzung zum Vollzug des Auflösungsbeschlusses schreitet. Dies wissen auch die Machthaber wohl, und setzen darum ihre Hoffnungen nicht sowohl auf

ihre Feldschanzen und Landstürmer, als auf den Abfall einiger Stimmen im großen Rathe zu St. Gallen, wodurch ein Vollzugsbeschluß der Tagsatzung vereitelt werden könnte. H. Regierungsrath Weder in St. Gallen, der durch seine zweideutigen Artikel im St. Galler Boten der Gegenstand einer nicht beneidenswerthen Aufmerksamkeit geworden ist, fängt an, das Gewicht der Verantwortlichkeit für eine Wendung, welche die Schweiz in die größte Verwirrung stürzen würde, zu ahnen und erklärt, daß er die „Abtrünnigkeit“ verabscheue. Der Tag ist nahe, wo Hr. Weder Gelegenheit haben wird, dies zu beweisen.

Die Verwahrung der sieben Mitglieder des Großen Rathes von Luzern gegen alle Folgen des Sonderbundes geht von der Betrachtung aus, daß der Sonderbund von der Tagsatzung als aufgelöst erklärt, von dem Großen Rath von Luzern niemals berathen und bewilligt worden, also für den Kanton keine verbindliche Kraft besitze, und fährt dann fort: Die Unterzeichneten erklären: 1) daß sie sich vor allen Folgen und Verantwortlichkeiten verwarren, die eines solchen Bündnisses wegen früher oder später auf die Mitglieder des Großen Rathes geworfen werden könnten, und daß sie 2) dem souveränen Volke des Kantons Luzern seine verfassungsmäßigen Rechte verwahrt wissen wollen. Der Vorort hat inzwischen von dem österreichischen Geschäftsträger Mittheilung der Aktenstücke erhalten, welche zwischen dem Wiener Kabinet und dem Papste über die Besetzung von Ferrara gewechselt wurden. Hiermit ist der von Oestreich abgebrochene diplomatische Verkehr mit dem Vorort Bern wieder angeknüpft.

Mannheim Ende August. (Eingesandt). — Wenn sich Unterthanen berufen fühlen, den Geburtstag ihres Landesfürsten durch öffentliche Festlichkeiten zu verherrlichen, so soll damit doch wohl nichts Anderes bezweckt sein, als demselben ein sichtbares Zeichen ihrer Achtung, ihrer Liebe, ihres Vertrauens zu geben; dazu gehört aber vor Allem und unbedingt, daß alle Theilnehmer eines solchen Festes sich würdig und anständig betragen.

Ein solches Betragen haben aber hiesige bürgerliche Artilleristen, am letzten Sonntage, dem Geburtsfeste des Großherzogs Leopold, nicht eingehalten. Wer es mit angesehen hat, wie mehrere dieser Leute an jenem Nachmittage — von einem Ausfluge in die Nachbarschaft zurückkehrend — im hiesigen Eisenbahnhof, vor einer Menge fremder und einheimischer Zuschauer, im betrunkenen Zustande herumtaumelten; wie sie, in bürgermilitärische Uniform gekleidet, den Säbel an der Seite, der Eine jedoch mit entblößtem Haupte (weil er die Mütze verloren hatte), nicht mehr im Stande waren, gerade zu stehen; wie zwei derselben — ein in ähnlichem Zustande befindliches weibliches Individuum in der Mitte — nur mit der größten Mühe einen Omnibus erreichen konnten, um in dessen Räumen sich und ihr Betragen zu verbergen; wer dieses mit angesehen und die bitteren Bemerkungen der Fremden mit angehört hat, der muß auch, mag er sonst einer Partei angehören, welcher er wolle, mit uns darin einverstanden sein, daß mit solchem Betragen, ein solches Fest nicht würdig begangen ist; es muß ihm begreiflich werden, daß man das Geld für Pulver zu solchen Festen verweigern kann, ohne deshalb ein Feind des Fürsten zu sein; er muß mit uns in den Wunsch einstimmen, daß solchem Unfug für die Zukunft vorgebeugt werde.

Et — r.

Karlsruhe, 9. September 1847. Abermals eine Abbanzung — armes Karlsruhe! — nachdem dir die besten Kräfte des Gemeinderaths Valet gesagt, legt auch der Vorstand der Gemeinde seinen Amststabs nieder und überläßt dir, frei von seiner Bevormundung, deinen eigenen Weg zu gehen.

Daß Herr Klose seine Kräfte unserer Stadt nicht auf längere Dauer widmen werde, sagte er bei dem Antritt seines Amtes voraus, doch schenkte man denen keinen Glauben, welche behaupteten, nur bis der neue Stadtbauplan festgestellt sei, werde er sein Amt verwalten. Wirklich ist dies auch seine einzige Amtshandlung von Bedeutung, und Herr Klose läßt uns in der Karlsruher Zeitung, wo er seinen Austritt motivirt, nur noch wissen, was er noch leisten wollte. Die Gasanstalt zu kaufen und der Stadt anzubieten beabsichtigte er, — d. h. doch wohl gegen die von ihm bezahlte Kaufsumme — dies erkennen wir dankend an und bedauern nur, daß Herr Klose sich durch nichtigen Vorwand „man hätte die Mittel zur entsprechenden Administration verschmäh“ sich von diesem Vorhaben abbringen ließ. Auf die wahre Ursache kommen wir unten. Herr Klose sagt in seiner Motivirung ferner: „Die Art und Weise, wie man bei der letzten Gemeinderathswahl verfuhr, hätte ihn zum Austritt bewogen, nachdem man ihm und seinen ausgetretenen Collegen die Mitwirkung an der Wahlberathung unmöglich gemacht habe.“ Herr Klose ist hier in einem Irrthum befangen, man wollte nur die Wahl von ihm und seinen Collegen nicht beherrschen lassen, er hat auch mitgewirkt, er hat in einer Versammlung seine Gründe für einen früher schon vorgeschlagenen geltend gemacht, aber die Mehrzahl war hierin anderer Ansicht, und wählte anders, als er es haben wollte. Es war aber auch nicht klug und wohl eine starke Zumuthung für den größeren Bürgerschaftsverein, einen Mann zu wählen, den letzterer vor nicht einem Vierteljahr, trotz aller Bestrebungen des abgetretenen Gemeinderaths, durchfallen ließ. Wie konnte man glauben, daß sich der große Ausschuss einer solchen Inconsequenz schuldig machen werde. Wenn Herr Klose reicher an Erfahrungen geworden, wie er in der Motivirung zu seinem Austritt sagt, so zählt er gewiß hiezu auch die Erfahrung, daß die Bürger Karlsruhes gerne die Verdienste ihrer Gemeindebeamten anerkennen, aber in neuerer Zeit etwas hartnäckiger geworden sind, wenn man ihnen zumuthet, eines ihrer wichtigsten Rechte, das der freien Wahl ihrer Gemeindevorsteher, aufzugeben und nach Diktaten zu wählen. „Die Wähler“, sagt Herr Klose, „hätten sich geirrt, wenn sie glaubten, daß er um den Preis eines Titels zum willenlosen Werkzeug einer Partei sich bequemen würde.“ Das haben die Wähler nicht gewollt, sie verlangen aber, daß ihr Bürgermeister ihnen ihre Rechte nicht verkümmere und die Wahlen beherrsche, sondern erwarten vielmehr, daß er ihnen diese Rechte wahren und schützen helfe. — Wenn Hr. Klose die Freiheit in dem ungekränkten Rechte eines Jeden erblickt, so muß er doch wohl auch dem Ausschuss gestatten zu wählen nach seinem besten Ermessen, und wenn seine Ansicht von jener der Mehrheit abweicht, nicht nach seinem Willen; das verlangt auch die Gemeindeordnung.

Das angebliche Zerwürfniß im Gemeinderathscollegium und die Neigung des Herrn Klose, jetzt schon zurückzutreten, hat seinen Ursprung in jener Commissionsitzung, bestehend aus Gemeinderath, engerem und sechs Mitgliedern des größeren Bürgerschaftsausschusses, wo über die näheren Bestimmungen des Stadtbauplanes verhandelt werden sollte; diese Sitzung wollte

Herr Klose zu einer Wahlberathung benutzen, um den viel besprochenen Candidaten zum Gemeinderath vorschlagen zu lassen; er fand aber bei der Mehrzahl der Anwesenden lebhaften Widerspruch und hielt sich deshalb in seinen Rechten gekränkt.

Wenn es Herrn Klose mit dem am Ende seiner Motivirung ausgesprochenen Wunsche, „möge die Gelegenheit sich ergeben, daß ich meiner Vaterstadt auch jetzt noch nützlich werden kann,“ Ernst ist, so bietet sich ihm diese häufig, und die Gemeinde wird jeden ihr geleisteten Dienst, wie früher, so auch jetzt noch dankbar anerkennen.

Wir hegen auch hier die Hoffnung, daß die Stadt einen Ersatzmann für den Ausgetretenen finden wird, der mit Beharrlichkeit und Umsicht das Wohl derselben zu fördern sucht, der in der gesetzlichen Ausübung der Rechte der Bürger nicht eine Beeinträchtigung seiner Rechte erblickt, auch nützliche Unternehmungen wirklich macht und nicht sagt, er hätte sie machen wollen.

Verschiedenes.

— In Eberbach wurde am 15. August ein schönes Sängerefest gefeiert. Die Sänger wurden mit Böllerschüssen empfangen, und das Lied „Was ist des Deutschen Vaterland“, wurde ebenfalls mit dem Donner der Böller begleitet. Aber bald zeigte sich, was des Deutschen Vaterland eigentlich ist; es kam nämlich vom Amte ein Strafzettel von 15 Thalern wegen unerlaubten Schießens. Zum Glück giebt es in des Deutschen Vaterland Instanzen. Der Sängerverein hat also den Refurs ergriffen, wird aber vermuthlich erfahren, daß des Deutschen Vaterland in zweiter Instanz kein besseres ist, als in der ersten.

— Fast jeden Monat wird in Deutschland eine oder die andere Eisenbahnstrecke dem Betriebe übergeben. Im September eine württembergische (zwischen Vietingheim und Siesem) und eine bayerische (von Augsburg nach Kaufbeuren). Die bayerischen Stände sind ausschließlich zu dem Zwecke berufen, Mittel für den Fortbau der Eisenbahnen zu bewilligen; alle anderen Hoffnungen sind Dampf.

— In Offenbach hat sich ein Rhein-Ohio-Verein gebildet, um in Verbindung mit der deutsch-amerikanischen Gesellschaft in Newyork die Auswanderer mit Rath und That zu unterstützen, und nach Kräften beizutragen, ein Land der Freundschaft zwischen den Deutschen im Mutterlande und in Amerika zu erhalten.

— Im Centralgefängnisse zu Kaiserslautern hat der Watermörder Ertel aus Neuburg, welcher erst einige Tage dort war, einen Mitgefängenen mit einem eisernen Werkzeuge, das zu einer Wollmaschine gehört, todtgeschlagen. Er sagte, er wolle guillotiniert sein; wegen des Watermordes sei er unschuldig verurtheilt worden, er wolle wissen, warum er sitze.

— Das Frankfurter Journal darf keine Mittheilungen über die Wahlen im Großherzogthum Hessen aufnehmen, widrigen falls es mit einem Verbot bedroht ist.

— Die englische Flotte unter Admiral Parker, welche vor Lissabon lag, hat Befehl erhalten, sich den Küsten des Kirchenstaates zu nähern.

— In Toscana ist die Todesstrafe völlig abgeschafft; sie konnte bisher nur vollzogen werden, wenn das Urtheil einstimmig gefällt worden war.

— Die Feier eines Festes zu Ehren der rheinischen Deputirten in Düsseldorf war von dem Oberpräsidenten unterjagt worden; jetzt sind die Anstände gehoben und das Fest soll am 18. Oktober stattfinden.

— In Perugia sind neben den Bürgern auch die Kapuziner unter die Waffen getreten und haben sich bereit erklärt, auf den ersten Ruf des hochherzigen Pius das Vaterland zu vertheidigen.

— In Bamberg ist unter dem Titel: „Blätter der Corruption aus unserer Zeit“ eine Flugschrift erschienen, welche folgende erbauliche Geschichte erzählt: Der Appellationsgerichtsdirektor v. K. in Bamberg, bekannt als Werkzeug des Hrn. v. Abel und Verfolger in politischen Untersuchungen, bewegte sich um Lola Montez in Brückenau und entschloß sich, ihre Jose zu heirathen, um eine Staatsraths- oder Präsidentenstelle zu erlangen. Da aber die Ernennung ausblieb, erklärte er sich zu schwach zum Heirathen und trat zurück. Die Verwandten des gekränkten Mädchens veröffentlichten nun den Briefwechsel, welchen die Schrift enthält. H. v. K. schreibt unter Anderm seiner Braut, bezüglich auf die erstrebte Stelle: „Bitte, bitte unablässig, beschwöre die Sennora, vergieße Thränen, die Dir gewiß entquellen werden aus Deinen schönen Augen; sie, die Allmächtige, wird Deine Bitten erhören“ u. s. w. — Das Publikum liest die schönen Sachen, und denkt: es geschieht ihm recht.

— Das Dampfschiff Washington, welches zwischen Newyork und Bremen fährt, hat Briefe nach England mitgebracht. Die Engländer erhoben dafür doppelt so viel Porto als von den Briefen, die mit der englischen Post ankommen. Auf diese Nachricht haben die Amerikaner sogleich das Porto von den Briefen, welche über Boston nach Kanada gehen, um 50 Procent erhöht und wollen noch schärfere Maßregeln dem Kongress vorschlagen, wenn die Engländer nicht zu gleichmäßiger Besteuerung der Briefe zurückkehren.

— Die Düsseldorfer Zeitung erwähnt als Gerücht, daß der preussische vereinigte Landtag alle zwei Jahre zusammenberufen werden soll, und daß der Beschluß demnächst durch die Gesessammlung werde veröffentlicht werden. Wir denken uns das demnächst in badischen Sinne, d. h. nicht allzu nahe.

— Der Pabst hat in einem Schreiben an den Erzbischof von Köln vom 25. Juli die hermestianische Lehre aufs Neue verdammt. Kirchliche Reformen liegen nicht in dem Berufe der Päbste, sondern der Gemeinden. — In der Verbesserung der Staatseinrichtungen läßt sich der Pabst nicht irre machen. Das Linienmilitär hat Rom verlassen, welches von der Bürgergarde bewacht wird. Auf den Straßen von Bologna und Ravenna gegen Ferrara stehen päpstliche Posten den österreichischen gegenüber. Die Schweizertruppen haben gebeten, daß ihnen die vorderste Stelle eingeräumt werde. Sardinien sendet Truppen an die Grenze von Toscana und hat dem Pabst seine Hülfe zugesagt.

— Die Grasschaft Mark beabsichtigte, dem Deputirten Fehr. v. Binke ein Fest zu geben. Dieser lehnte es ab, weil er es nicht billigen könne, „daß Angesichts einer ungewissen Zukunft, seitdem nun auch die Grundlagen, auf welche der Landtag die Verfassung hat gründen wollen, von dem Könige nicht anerkannt sind, wir ein Fest des Sieges und des Friedens feierten.“

Unter Verantwortlichkeit der Verlagsbandlung.